

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 91

16. Mai 1978

Hans-Jürgen Wischnewski berichtet über die Tagung der Sozialistischen Internationale in Dakar.

Seite 1/2

Uwe Holtz MdB: CDU/CSU billigt Aktivitäten rassistischer Kreise in der Bundesrepublik.

Seite 3

Peter Conradi MdB warnt vor einer Vergiftung der Kernenergie-Diskussion durch "Umweltverschmutzer".

Seite 4

Rudi Adams MdB: Arbeits- und Sozialpolitik muß auch im Europa-Parlament erste Priorität haben.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

Keine Einmischung

Sozialistische Internationale tagte in Afrika

Von Hans-Jürgen Wischnewski

Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand

Am 12. und 13. Mai tagte in Dakar unter Vorsitz von Willy Brandt das Büro der Sozialistischen Internationale. Dieser Bürositzung fällt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil zum ersten Mal seit der Gründung der S.I. eine Tagung auf afrikanischem Kontinent abgehalten wurde. Diese Tatsache symbolisierte Mehrfaches: Zum einen hat die S.I. in Dakar den Entschlüssen der Genfer Konferenz von 1976 folgend und in Fortsetzung der Parteiführerkonferenz von Tokio vom Dezember vergangenen Jahres erfolgreich begonnen, sich stärker als bisher den Problemen der Dritten Welt zuzuwenden und den "Eurozentrismus" zu überwinden, der bisher ihre Arbeit bestimmte. Zum anderen zeigt sich, daß sich die sozialdemokratischen Parteien Europas nunmehr in zunehmendem Maße bemühen, auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse einen Beitrag zur Lösung der großen politischen und wirtschaftlichen Probleme ihrer nächsten Nachbarn, der Afrikaner, zu leisten.

Die Sozialistische Internationale sucht aber in Afrika keine neuen Mitglieder. Sie wird sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Staaten einmischen, es sei

denn, es geht um die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts und die Bekämpfung des menschenrechtswidrigen Rassismus.

In diesem Zusammenhang ist besonders bemerkenswert, daß die Debatte über die Lage in Afrika nicht nur die Besorgnis der Mitglieder der S.I. über Einmischungen fremder Mächte in die Angelegenheiten der afrikanischen Staaten widerspiegelte, sondern daß auch ansatzweise konkrete Vorschläge ins Gespräch gebracht wurden, in welcher Form dieser Tendenz entgegengewirkt werden könne. So hielt es beispielsweise der senegalesische Staatspräsident Senghor für erwägenswert, eine Absage aller afrikanischen Staaten an fremde Einmischungen im Rahmen der OAE durch eine entsprechende Erklärung der Signatarstaaten der KSZE-Schlußakte zu ergänzen.

Fragen des Nord-Süd-Dialogs, Hauptthema der Bürositzung in Dakar, blieben jedoch nicht auf afrikanische Probleme beschränkt. Das Büro war sich einig, daß einer neuen Weltwirtschaftsordnung, einer Redefinition der gemeinsamen Interessen von Entwicklungs- und Industrieländern als Grundlage ihrer Beziehungen und die Durchsetzung einer Verbindung zwischen den Bemühungen um die Beschränkung der Rüstung überall in der Welt und den Ausgaben für Entwicklung eine zentrale Bedeutung bei der Überwindung des zunehmenden "gap" zwischen Entwicklungs- und Industrienationen zukommt.

Das Büro stimmte allerdings auch darin überein, daß es heute weniger auf Vorschläge, sondern auf die Verwirklichung der vorliegenden Konzeptionen ankomme. Angesichts der besonderen Dringlichkeit dieses Themas wird die S.I. diese Diskussion auf dem Kongreß in Vancouver fortsetzen.

Unter Berücksichtigung der in den vergangenen zwei Jahren geleisteten Arbeit beschloß das Büro ferner für den Kongreß der S.I. im November in Vancouver das Leitthema "Frieden und Entwicklung" und die folgenden besonderen Themenbereiche: "Weltwirtschaft", "Abrüstung", "Südafrika" und "Menschenrechte". Außerdem werden sich Arbeitsgruppen mit der Situation in Lateinamerika und der asiatisch-pazifischen Region befassen. An dem Kongreß werden unter anderem die als Gäste teilnehmen, die um ihre Unabhängigkeit und Gleichberechtigung noch ringen.

(-/16.5.1978/bgy/10)

+ + +

Rechtsradikale im Kampf für Apartheidsregime

CDU/CSU billigt Aktivitäten rassistischer Kreise in der Bundesrepublik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Nachdem in nahezu einem Jahrzehnt sozialliberaler Außenpolitik die Entspannung zwischen Ost und West so weit fortgeschritten ist, daß Rechtsextremisten und kalte Krieger mit ihren Losungen auf diesem Bereich keinen fruchtbaren Boden mehr finden, konzentrieren sie sich mehr und mehr auf die Dritte Welt, vor allem auf das südliche Afrika. Dort schlagen sie sich auf die Seite einer weißen Minderheit, die versucht, ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Privilegien mit allen Mitteln gegen die Bevölkerungsmehrheiten zu erhalten.

Leider haben wir Sozialdemokraten dem Sprießen solcher rechtsradikalen Vereinigungen mit rassistischen Tendenzen nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Es wird höchste Zeit, daß wir die Aktivitäten dieser Gruppen, die letztlich auf den gewaltsamen Konflikt im südlichen Afrika abzielen, der Öffentlichkeit zum Bewußtsein bringen; denn dabei handelt es sich nicht mehr um Splittergruppen einiger vom Aussterben bedrohter Unbelehrbarer, sondern um Organisationen, die die Protektion und stillschweigende Billigung derjenigen genießen, die ständig das Wort von der "Gemeinsamkeit der Demokraten" im Munde führen.

Besonders Bundestagsmitglieder aus der CSU sind sich für eine Kumpanei mit rechts-extremistischen Apartheidsfreunden nicht zu schade, und weder CDU noch CSU haben sich von den Röhners, Niegels und Huyns distanziert oder gar ein Parteiverfahren eingeleitet - im Gegenteil: Der CSU-Chef selbst hat in seiner Rede im Deutschen Bundestag vom 27. November 1977 die ideologische Basis dazu geliefert, indem er vor gleichem Stimmrecht für alle und vor "schwarzem Rassismus" warnte und die Namibiainitiative der fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen als "Freibrief für Mord, Totschlag und Unterdrückung" diffamierte.

Die deutsche Ostpolitik wird heute von der Mehrheit unserer Bevölkerung unterstützt und nicht mehr infrage gestellt. Die politische, wirtschaftliche und soziale Entspannung mit dem Süden wird eine ebenso wichtige Aufgabe sein.

(-/16.5.1978/ks/j.a)

+ + +

Etikettenschwindel in der Lobby

Kernenergie-Diskussion nicht von Umweltverschmutzern vergiften lassen

Von Peter Conradi MdB

Von Zeit zu Zeit bekommen wir Post und Material von einem "Institut für Umweltschutz und angewandte Ökologie" in München. Man muß nicht lange darin lesen, um zu merken, daß sich dieses Institut mitnichten dem Schutz unserer Umwelt widmet, es vertritt vielmehr handfest die Interessen der Kernenergieindustrie. So weit, so schlecht; dies ist nicht der erste Fall von Etikettenschwindel in der Lobby.

Die letzte Zusendung des Instituts läßt jedoch aufhorchen. Es handelt sich um einen Vortrag des Institutsgeschäftsführers Schaller vor Betriebsräten - Ort, Zeit und Unternehmen werden bezeichnenderweise nicht genannt. Da heißt es zur innenpolitischen Situation: "In der Bundesrepublik Deutschland gelang es den Strategen, ... den politisch nicht vorbereiteten Bürger hinsichtlich der Entwicklung neuer Technologien zu verunsichern, bzw. zu gefährden." Wer sind diese "Strategen"? Es sind die "Strategen des Ostblocks", die sich der "ehemaligen APO-Mitglieder" bedienen. "Diese sind heute zum Großteil als bezahlte Funktionäre in Verbänden der Kirche, der Gewerkschaften und der Parteien in verantwortungsvollen Positionen tätig, ebenso bei den Medien und in der Justiz." Die ehemaligen APO-Mitglieder als Helfer der Strategie der Kommunisten also sind schuld daran, daß es mit dem Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik nicht schnell genug vorangeht. (Warum eigentlich nicht die Radfahrer?)

Hier werden die Gegner der Kernenergie kurzerhand zu Helfershelfern der Kommunisten, die Bürgerinitiativen als kommunistisch unterwandert dargestellt. Das erspart jede argumentative Auseinandersetzung mit den Sorgen und Ängsten der Bürger vor den Gefahren einer neuen Technologie. Hinzu kommen die von rechts bekannten Tiraden gegen die "falsch angelegte Erziehung unserer Jugend" und gegen die "Akademiker, die zwar in der theoretischen Diskussion geschult wurden, aber nicht in der praktischen und schon gar nicht in der körperlichen Arbeit". Da fehlt nur noch der Ruf nach dem Arbeitsdienst. Wie der Verfasser unsere Demokratie einschätzt, wird an der Behauptung deutlich: "Unsere demokratische Regierungsform ist einer Diktatur unterlegen, wenn es darum geht, außenpolitische Entscheidungen zu treffen, Regierungen anderer Länder Ketten anzulegen oder sie zu stürzen." Da fragt man sich, ob der Begriff "Nuklearfaschismus" so völlig aus der Luft gegriffen ist.

Es wäre gut, wenn sich die Arbeitnehmer aus den Kernenergiebetrieben ebenso wie die Unternehmer möglichst rasch von solchen unseriösen Helfern trennen würden. Die Diskussion über Chancen und Risiken der Kernenergie ist schwer, sie kostet Zeit und Kraft, nicht zuletzt die Bereitschaft aller Beteiligten, sich gegenseitig ernst zu nehmen. Wir sollten es nicht zulassen, daß diese Diskussion von Umweltverschmutzern wie Schaller vergiftet wird.

(-/16.5.1978/bgy/ja)

+ - +

Arbeits- und Sozialpolitik muß im Mittelpunkt stehen

Das Europäische Parlament sollte konkrete Vorschläge unterbreiten

Von Rudi Adams MdB

Mitglied der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Im Vorfeld der allgemeinen Direktwahlen zum Europäischen Parlament muß sich die Gemeinschaft dem Bürger gegenüber als der Ort ausweisen, von dem aus sein tägliches Leben und seine Zukunft auf einen befriedigenden Weg gebracht werden. Ohne diesen Nachweis wird das Interesse der Bürger an den Direktwahlen ungünstig beeinflußt und dadurch vielleicht sogar die Legitimationsgrundlage des direkt gewählten Parlaments geschmälert werden.

Die Staats- und Regierungschefs haben kürzlich in Kopenhagen erklärt, daß sie dieser Notwendigkeit Rechnung tragen wollen, daß sie die Grundsätze sozialer Gerechtigkeit wahren und die Verbesserung der Beschäftigungslage zum Hauptanliegen einer gemeinsamen Globalstrategie machen wollen. Die Sozialistische Fraktion wird sie dabei nicht nur unterstützen, sondern auch mit dazu beitragen, daß das Europäische Parlament sich im Kampf um die eigene politisch-moralische Legitimität von niemandem übertreffen läßt.

Das Europäische Parlament sollte daher mit konkreten Vorschlägen den Nöten unserer Mitbürger unmittelbar gerecht werden. Im Zentrum seiner Besorgnis muß die Arbeits- und Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft stehen.

Diese muß im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik kurzfristig eingebettet sein in koordinierte Wiederbelebensmaßnahmen, mittelfristig in den Abbau übergroßer Einkommens- und Vermögensunterschiede, in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in Energieeinsparung und Erschließung umweltfreundlicher Energiequellen sowie in den Ausbau von Umweltschutz und Verbraucherschutz. Beim Kampf gegen die Ar-

beitslosigkeit kommt es darauf an, Inflation und strukturelle Schwierigkeiten zu mindern sowie die Konvergenz der nationalen Wirtschaftsentwicklung zu verstärken.

Die spezifische Beschäftigungspolitik der Europäischen Gemeinschaft muß die Vollbeschäftigung als autonomes Ziel der Wirtschaftspolitik anstreben. Sie muß vorrangig für die Wiederbeschäftigung derjenigen Arbeitslosen eintreten, die seit langem ohne Beschäftigung sind. Sie muß hinsichtlich der Anwerbung von Arbeitnehmern aus Drittländern zu gemeinschaftlichen Abkommen aufgrund sorgfältiger, selektiver Politik gelangen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den besonders hart Betroffenen, nämlich den arbeitslosen Frauen, Jugendlichen und Behinderten.

Das Ziel vorausschauender Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft muß es sein, soziale Sicherheit für jene zu gewährleisten, welche die Opfer des Strukturwandels der Wirtschaft geworden sind oder es zu werden drohen. Angesichts von 5,6 Millionen Arbeitslosen der Gemeinschaft, angesichts einer mehrfach überhöhten Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, bei Frauen und Behinderten bedarf es gemeinsamer und koordinierter Anstrengungen von Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik.

Unser Ziel muß sein: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit.

Die Instrumente der Gemeinschaft und vieler Mitgliedstaaten versuchten bisher, Arbeitslosigkeit mit den Mitteln klassischer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu meistern. Diese Instrumente sind aber nur geeignet, Arbeitslosigkeit erträglicher zu gestalten. Die Beschäftigungspolitik des Europäischen Parlaments und das europapolitische Engagement der Parteien wird jedenfalls in der gegenwärtigen Situation nur glaubwürdig auf der Grundlage einer konsequenten Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Vollbeschäftigungspolitik muß den unvermeidlichen wirtschaftlichen und technologischen Wandel bewußt mitgestalten. Sie darf nicht nur auf wirtschaftliche Fehlentwicklungen reagieren, sondern muß vielmehr ein humanes Wachstum und eine aktive Beschäftigungspolitik anstreben. Sie muß den sozialen Frieden durch sozialen Ausgleich sichern. Sie muß die Mitgliedstaaten ermuntern, durch Weiterentwicklung des sozialen Netzes die soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Die Gemeinschaft hat mit der Reform des Europäischen Sozialfonds einen Schritt in die richtige Richtung bereits vollzogen. Sie hat damit bewiesen, daß sie ihre Verantwortung in der Arbeits- und Sozialpolitik wahrzunehmen bereit ist. Dieser begrüßenswerte Neubeginn aber muß in einer Phase des Ausbaus der Europäischen Gemeinschaft verstärkt fortgesetzt werden.

(-/16.5.1978/bgy/ja)